

## Warum in der EU

Die Europäische Union hat einen schlechten Ruf, „Brüssel“ ist für ihre Bürger\*innen sehr weit weg und gilt als extrem bürokratisch. Dabei spielt es keine Rolle, ob europäische Vorschriften Positives regeln, wie im Fall des Wasserrechts oder in puncto Erhaltung der natürlichen Lebensräume, oder Neoliberales, wie bei der Europäischen Dienstleistungsrichtlinie mit der EU-weiten Ausschreibungspflicht für öffentliche Aufträge. Auch unsere EBI Grundeinkommen wird zuweilen nicht unterschrieben, weil Menschen der EU nicht vertrauen.

Und doch behaupte ich, dass bedingungslose Grundeinkommen auf EU-Ebene eher durchsetzbar sein werden als im nationalen Rahmen.

Da Sozialpolitik in der EU Sache der Mitgliedsstaaten ist, gibt es keine EU-weiten Sozialsysteme, während die nationalen höchst unterschiedlich sind. Es gibt Länder mit umfassender sozialer Absicherung und andere fast ganz ohne eine solche. Eine Studie der Diakonie vom Oktober 2019 zeigt, dass die Sozialhilfen nur in vier Ländern Armut verhindern, während in ebenfalls vier nicht einmal 40 Prozent der Armutsquote erreicht werden (in Deutschland 67). Dabei nehmen 20 bis 75 Prozent der Berechtigten aufgrund fehlenden Wissens nicht einmal diese minimalen Leistungen in Anspruch.

Das scheint keine großen Hoffnungen auf ein BGE zu machen. Aber sähe das im nationalen Rahmen anders aus? Sozial- und wirtschaftspolitisch fortschrittliche Regelungen müssten gegen widrige Kräfteverhältnisse, gegen mächtige Kapitalinteressen durchgesetzt werden und wären sie etabliert, müssten sie gegen den Einfluss des global organisierten Kapitals verteidigt werden. Ersteres könnte vielleicht national einfacher sein, letzteres wäre mir der großen EU im Hintergrund gewiss leichter als für ein einzelnes Land.

Allerdings verfügt bisher keiner der europäischen Akteure (Kommission, Rat und Parlament) unmittelbar über irgendwelche Instrumente, um mithilfe sozialer Verbesserungen neue Bindungen der Bürger\*innen an die EU herzustellen. Das sieht zunächst wie ein Nachteil aus, könnte in Wirklichkeit aber ein Vorteil sein. Manche nationalen Sozialsysteme haben lange Traditionen, andere sind jüngst in mühsamen Kompromissen installiert worden, die Beharrungskräfte sind also stark. Zudem unterscheiden sie sich erheblich voneinander. Ihre Angleichung wäre selbst bei dazu vorhandener Absicht extrem schwierig und nur durchführbar, wenn eine ganze Zahl von Ländern ihren bisherigen Weg verlassen und Systeme von anderen übernehmen würden.

Für die gesamte EU gesehen gibt es solche Belastungen nicht. Hier käme es vor allem darauf an, EU-weite Regelungen so zu strukturieren, dass sie mit allen nationalen Systemen zusammenpassen. Geldzahlungen an individuell Berechtigte gibt es überall, da könnte ein BGE anknüpfen. Das wäre eine Chance, beim Aufbau einer europäischen Sozialpolitik neue Wege zu gehen.

Ansätze dazu existieren längst. Über Europäischen Tarifverträge und Mindestlöhne wird allenthalben diskutiert. Die existierenden diverse Zahlungen von EU-Ebene in die Länder untersuchen wir in einem eigenen Artikel.

Europaweite, national angepasste Grundeinkommen könnten der Königsweg sein. Es müsste dafür kein bestehendes Sozialsystem völlig umgebaut oder aufgegeben werden. Es könnten Gelder bisher wenig effektiver Instrumente umgenutzt werden. Die Bereitschaft zur Einführung einer europäischen Finanztransaktionssteuer könnte weitere Mittel erschließen. Entscheidend wäre allerdings, dass die Anrechnung auf die nationalen Mindestsicherungssysteme unterbliebe.

Es ist klar, dass die Widersprüche und Widerstände groß sind. Aber die Forderung nach „bedingungslosen Grundeinkommen überall in der EU“ ist politisch höchst brisant und es lohnt sich, sich damit genauer zu beschäftigen.

Werner Rätz